

# Ökonomie (in) der Veränderung

## *Grundüberlegungen für eine neue Linke*

Notwendige Vorbemerkung:

Der folgende Text wird vom Leser einiges abverlangen. Dass sich unsere Gesellschaft rasant verändert, weiß die LeserIn. Dem folgenden Text liegt aber die These zugrunde, dass die derzeitige ökonomische und gesellschaftspolitische Debatte auch daran schwächelt, dass zwar die sichtbaren Veränderungen, z.B. der Lohnarbeit aufgenommen werden, aber das nicht unmittelbar Sichtbare, z.B. die Marktstrukturen werden durchgängig nicht in Frage gestellt. Offenbar sind die wahrgenommenen Veränderungen bereits so irritierend, dass ein freiwilliges Infragestellen von scheinbaren Gewissheiten unbewusst abgelehnt wird. Insofern hinkt das Bewußtsein dem Sein hinterher.

Dabei zeigt aber die Geschichte, dass Transformationsprozesse solcher Größenordnung, wie wir sie jetzt erleben, selbstverständlich ungleichzeitig ablaufen: Die Herausbildung der Gütermärkte fand zeitlich eine Generation vor der Durchbildung der Arbeitsmärkte statt, die Automatisierung der Geldsteuerung (durch Einführung des Goldstandards) war wiederum davon getrennt. Wenn heute die Figur der Lohnarbeit zerbricht, wäre es töricht anzunehmen, dass der Rest unserer Ökonomie gleich bleibt. Der programmatische Diskussionsbedarf erstreckt sich nicht nur auf Bürgerversicherung, Grundsicherung und einige wenige fiskalpolitische Verbesserungen. Es soll darum versucht werden, den Ball möglichst weit nach vorn zu spielen, d.h. die radikalsten Debattenstände, die es aus linker Sicht heute gibt, einfließen zu lassen. Dabei knüpft der Text ausschließlich an Konzepte, Theorien und Debatten der Linken, insbesondere an Diskussionsergebnisse auf Seiten der Gewerkschaft („Forum Neue Politik der Arbeit“, U. Klotz, Gleißmann/Peters etc.), der franco-italienischen Debatte um immaterielle Arbeit, der weltweiten Empire-Diskussion und des dt. Crossover-Prozesses an.

Die Thesen des innergrünen Papiers „Links neu“ teilt der Text hauptsächlich in zwei Punkten:

Zum einen wird die These geteilt, dass die Debatte sich nicht auf die Grüne Linke beschränken kann, sondern von vornherein auf eine Gesamtlinke bezogen sein muss. Zum zweiten, dass eine Kritik der Programmatik des sog. „Dritten Weges“ (oder New Labour) längst überfällig ist, aber nach vorne geführt werden muss.

Die Linke hat den Diskussionsprozess der derzeitigen kapitalistischen Transformation lange Zeit defensiv geführt, so dass uns heute nicht einmal ein gesichertes Vokabular zu diesem Thema Verfügung steht. Begriffe, die für Linke brauchbar wären, sind z.T. inzwischen vom politischen Gegner besetzt und lösen bei Linken Abwehrreflexe aus. „Globalisierung“ oder „neues Akkumulationsregime“, „Turbokapitalismus“ oder „Wissensgesellschaft“, „Neoliberalismus“ oder „Herrschaft des Vermögens“, es gibt nicht mal eine Einigung um eine zutreffende Bezeichnung der Phase, in die wir uns hineinbewegen; eine glänzende Voraussetzung, um aneinander vorbei zu reden und schlechte linke Gewohnheiten aufleben zu lassen.

Dies ist übrigens aktuell zu erleben in der Kapitalismuskritik von F. Müntefering. Hinter den plakativen Sprüchen kommt eine SPD-Linke mit spannenden theoretischen Thesen zu Wort. So äußerte sich Michael Müller unlängst im Info-Radio mit einer interessanten Frage (sinngemäß), „ob unter den Bedingungen einer Vermögensmarktdominanz ein Übergang in die Wissensgesellschaft überhaupt vollziehbar sei.“

Diese Zusammenbindung von „Vermögensmarktregime“ und „Wissensgesellschaft“ stellt eine wirklich zentrale Zukunftsfrage; man kann sie aber nur sinnvoll beantworten, wenn nicht nur klar ist, was gemeint ist mit diesen Begriffen, sondern wenn auch der innere Zusammenhang rekonstruiert wird. Dies soll im Folgenden versucht werden. Danach kann erst die Kärnerarbeit der Re-Formulierung der politischen Programmatik erfolgen, die vor allem auch darin besteht, nicht nur die reine Theorie, sondern die vielfältigen Misch- und Übergangsphänomene mit aufzunehmen und dabei doch die Grundrichtung nicht zu verlieren.

Drei Beschränkungen im folgenden Text sind erforderlich:

Erstens kann im Folgenden nicht sofort auf die unmittelbare Programmatik zugesteuert werden, sondern zuerst wird eine Bestandsaufnahme der Transformation versucht. Dabei kann es zweitens nicht um eine Aufzählung der zahllosen einzelnen Veränderungsprozesse gehen, sondern es interessiert vor allem der Zusammenhang. Daher Beschränkung auf einige zentrale Punkte. Drittens muss es ein politisches Papier bleiben, der Anmerkungsapparat wird ausschließlich in die Internetfassung zugänglich.

**Vorsicht:**

*Der folgende Text geht davon aus, dass auch in der Ökonomie NICHTS bleibt, wie es war - weder Arbeit, noch Unternehmen, noch Märkte, weder Wertschöpfung, noch Geldfunktionen, noch Ausbeutung, weder Produkte, noch Eigentumstitel, noch der Staat.*

**Layout des Streifzuges durch ein neues Akkumulationsregime**

- Neuer Basistyp der Arbeitskraft
- Der neue Steuerungstyp
- Neue Unternehmenskonfiguration
- Legitimität und Verwaltungsstaat
- Wissensprodukte
- Trennung von Unternehmung und Vermögensbesitz
- Krise der allokativen Marktstruktur
- Entkopplung von Inputs und Outputs
- Angebotsökonomie neuen Typs
- Überlegungen zu einer wissenschaftlichen Steuer- und Fiskalpolitik

## Der neue Basistyp der Arbeitskraft

Von ganz rechts bis ganz links herrscht Einigkeit darüber, dass die in den letzten Jahren und Jahrzehnten vorgenommenen Umwälzungen der Produktionsstrukturen einen neuen Typus von Arbeit hervorgebracht haben. Dieser Typ von Arbeit ist davon gekennzeichnet, daß die Subjektivität der Arbeitenden im Vordergrund steht. Ihre Kreativität, Spontaneität, ihr gesamtes Wissen und ihre gesamte Persönlichkeit gehen in ihren Arbeitsprozeß ein. Zu den neuen Qualifikationsanforderungen an die Arbeitenden gehören soziale Fähigkeiten, wie Entscheidungen zu treffen und zu verantworten, soziale Beziehungen aufzubauen, die eigene Arbeit zu organisieren und sich selbst zu ökonomisieren. Rund um die Uhr erreichbar zu sein, ist nicht länger Markenzeichen von Unternehmensvorständen und Workoholics, sondern selbst der/die sich mit Putzjobs durchschlagende „Sans Papier“ muss sich als „Arbeitskraftunternehmer“ (Voss) bewähren.

Dies bildet offensichtlich einen Gegensatz zur bisherigen Gestalt von Arbeit, die davon gekennzeichnet ist, das die Subjektivität des Arbeitenden gerade ausgeschlossen wurde, der „Arbeiter zum Anhängsel der Maschine“ gemacht wird, seine Fähigkeiten und Potenzen vom kapitalistischen Produktionsprozeß in hohem Maße verschleudert werden. Der Taylorismus ("die wissenschaftliche Betriebsführung" im deutschen) organisierte die Auseinanderlegung von Hand- und Kopfarbeit, vollzog immer stärker den Übergang aller Planungselemente und Kompetenzen ins Management, was umgekehrt eine dauernde Dequalifizierung der einfachen Arbeit zur Folge hatte. Mit der Zurichtung auf generelle Verfügbarkeit, Austauschbarkeit, „Homogenisierung“ der Arbeit, was auch die Standardisierung der Qualifikation und Ausrichtung auf Fachqualifikation einschloß, gingen auch die sinnstiftenden, identitätsbildenden Momente der Arbeit früherer Epochen verloren.

Der "subjektive Faktor" des Arbeitsprozesses wurde vom "objektiven Faktor" so strukturiert, dass die Fülle menschlicher Fähigkeiten nicht genutzt, sondern auf wenig reduziert wurde. Subjektivität im obigen Sinne durften nur diejenigen einbringen, die entweder direkte Herrschaftsfunktionen wahrnahmen oder sich in einem Freiraum wie Wissenschaft oder Kunst bewegen konnten.

Wenn man in der Begrifflichkeit von Ausbeutung als der systematischen Verwertung des menschlichen Lebens bleibt, ist unmittelbar klar, dass die bisherigen Formen der Ausbeutung mit ihren der Form der Arbeitsteilung geschuldeten Reduktionen und der massiven "Verschleuderungen" menschlicher Potenzen aus kapitalistischer Sicht suboptimal sind.

Ganz anders nun der neue Charakter von (Massen-)Arbeit, der den Einsatz von Subjektivität nicht nur zuläßt, sondern gerade erfordert: Hier schließt manuelle Arbeit intellektuelle Arbeit mit ein, die Trennung von Konzeption und Ausführung, von Kreativität und Mühe wird aufgehoben, die Tätigkeit der Informationsverarbeitung ist obligatorisch, zentrales Moment der Arbeit ist die Fähigkeit, Kooperationen in Gang zu setzen und zu leiten, was ebenso selbstverständlich Kontrollaufgaben beinhaltet wie die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen.

# Entwicklungsstadien der Arbeitskraft

## Proletarisierter Arbeiter

- *Rohes Arbeitsvermögen*
- *Keine/geringe Qualifikation*
- *Rigides Kommando*
- *Extensive Ausbeutung*
- *Schwache soziale Sicherheit*

## Verberuflichter Arbeitnehmer

- *Strukturiertes Arbeitsvermögen*
- *Standardisierte Qualifikation*
- *Prozedurale Steuerung*
- *Intensive Ausbeutung*
- *Soziale Absicherung*

## Verselbständigter Arbeitskraftunternehmer

- *Selbstökonomisierung und Selbstverwertung*
- *Entstandardisierte, verbreiterte Qualifikation*
- *Rahmengesteuerte Selbstorganisation*
- *Extensive und intensive Ausbeutung*
- *Hohe soziale Risiken, soziale Absicherung noch offen*

## Verwertung und neuer Steuerungstyp

Wer die neuen Fähigkeiten der Arbeitenden verwerten will, muss Ihnen also Gelegenheiten geben, Entscheidungen zu treffen, Verantwortung zu übernehmen und kreativ zu sein. Mit dem Übergang von der vorwiegend physischen zur subjektiv basierten Wertschöpfung hat sich daher ein neuer Steuerungstyp dieser Arbeit entwickelt. Dieser ist gekennzeichnet von sehr hohen Freiheitsgraden und Eigenverantwortung. Ganz offensichtlich hat „der Kapitalist“ kein Interesse daran, ständig hinter der Arbeitskraft her zu sein. Selbststeuerung, intrinsische Motivation ist gefragt. Niemand kann eine Arbeitskraft mehr ausbeuten als sie selbst. „Mehr Druck durch mehr Freiheit“ ist dabei die überraschende Erfahrung des Arbeitenden.

D.h. wir sehen einen Übergang vom Typus der Regel- oder Inputsteuerung zur Ziel- bzw. Outputsteuerung. Nicht durch umfassende Vorgaben des Managements wird gesteuert, sondern lediglich das Ziel wird vorgegeben und es gerade der Arbeitskraft überlassen, Entscheidungen zu treffen, auf welchem Pfad ein Weg durch die explodierenden Informationen zielführend ist.

*Halten wir aber fest:*

*Der Prozeß des Umbaus auf die Verwertung des Subjektiven hat zwei Seiten:*

*Einerseits ist er eine neue Stufe, eine Intensivierung der Verwertung.*

*Andererseits erzwingt er, um sie verwerten zu können, eine systematische Entfaltung der Subjektivität der Arbeitenden - auch mit all ihren emanzipatorischen Implikationen.*

### Hegemonie

Wichtig ist an dieser Stelle die Auseinandersetzung mit einem Einwand, der oft gebracht wird:

Handelt es sich wirklich um einen neuen Basistyp von Arbeit? Beschränkt sich die neue Form der Arbeit nicht nur auf einige Dienstleistungssektoren, einige neue Kreativ-Bereiche?

Und: sehen wir nicht auch massive Tendenzen in die gegenteilige Richtung, eine noch stärkere Taylorisierung, sowohl inländisch in den Niedriglohnsektoren (z.B. McDonalds) als auch global, man denke nur an China.

Die diesen oft gebrachten Einwänden zugrunde liegenden Beobachtungen sind zweifellos richtig. Allerdings ist die Behauptung nicht, dass alle Arbeitsverhältnisse sofort in der beschriebenen Weise umgebaut werden, sondern dass die zugrunde liegende Struktur hegemonial ist. Als England die Weltmeere für sich eroberte, schlug der russische Bojar seine leibeigenen Bauern stärker als vorher. Diesen Regress gerade als Folge eines Vergesellschaftungsvorganges zu erkennen, ist wichtig. Die in vielen Bereichen zweifellos vorhandenen Tendenzen zur Entsubjektivierung, zur Verschärfung von Zwängen und zur Lohnsenkung sind gerade die Folge des überall vorhandenen Wettbewerbes mit dem neuen Paradigma. Dabei spielt auch der vergleichsweise geringe Umfang der neuen Arbeit keine absolut einschränkende Rolle. Im sog. Zeitalter des Imperialismus war die kapitalistische Lohnarbeit gerade mal auf 4% des Globus zu finden, trotzdem war sie hegemonial gegenüber der tradierten Form ländlicher Arbeit und zuständig für Revolutionen und Kriege.

Für eine emanzipative Politik spielt diese Betrachtung eine erhebliche Rolle; so beruht die Lohnspreizungspolitik des Dritten Weges auf der Annahme, dass die verschiedenen Sektoren getrennte Entwicklungen durchlaufen. In Analogie zum obigen Beispiel des Bojaren würde dies bedeuten, dass man die gesetzlich Schutzbestimmungen gegen Gewalt gegen Leibeigene lockern muss, weil „objektiv“ der Bojar sonst ökonomisch untergeht.

## **Effizienz und neue Unternehmensstrukturen**

Worin ist das Überlegene des neuen Arrangements begründet?

Dazu kurz ein Blick auf die veränderten Unternehmensstrukturen, die die neue Arbeit verwerten, um eine erste, vorläufige Antwort zu geben.

### **Headquarter und Intra-Märkte**

Um den neuen Basistyp von Arbeit zu verwerten, hat sich die interne Struktur von Unternehmen verändert. Wir beobachten bei einer ganzen Reihe von großen Unternehmen, dass sich im Kern ein Headquarter bildet, welches die strategische Steuerung übernimmt und qualitative Zielvorgaben definiert. Um die einzelnen Aufträge des Headquarters bewerkstelligen sich Teams aus dem Unternehmen heraus. Es werden also künstliche Märkte, sog. Intra-Märkte in den Unternehmen etabliert.

Die frühere, industriegesellschaftliche („fordistische“) Steuerung der Produktion musste die realen qualitativen Prozesse beständig in quantitative Größen übersetzen. Material und Rohstoffmengen, Waren, Arbeitszeiten, neben der eigentlichen Produktion war eine umfangreiche Bürokratie nötig, die an unzähligen Punkten des Prozesses über die Festlegung bestimmter Quantitäten den Gesamtprozess koordinierte und steuerte.

Bei der Anwendung der Zielsteuerung hingegen wird dagegen qualitativ gesteuert, die Ziele werden qualitativ vorgegeben (auch wenn z.B. beim target costing der Marktpreis des Produktes Teil der definierten Zielstellung ist). Damit fällt ein riesiger Kostenblock der regelsteuernden Bürokratie im Unternehmen weg, die notwendigen Quantifizierungen werden von den sich bewerbenden Teams vorgenommen.

## **Verwaltungsstrukturen, Verfahrensförmigkeit und Legitimität**

Die politischen, rechtlichen und verwaltungsstaatlichen Strukturen sind in einer Gesellschaft nicht davon losgelöst, wie diese Gesellschaft in ihrem Kern produziert und ihr Leben gewinnt. Eine veränderte Arbeitsweise, eine Veränderung der Arbeitsteilung, des Verhältnisses von Hand- und Kopfarbeit, muß auch Veränderungen nicht nur in den Unternehmensbürokratien, sondern auch im Verwaltungs- und Staatsapparat auslösen. Die Kritik an der Figur des Obrigkeitsstaates, die Hinwendung zu einer „dienstleistenden“ Verwaltung ist bekannt und braucht hier nicht durchdekliniert werden.

Wichtig - auch für die programmatische Debatte - ist aber ein gravierendes Problem:

So ineffizient die alte Regelsteuerung auch erscheinen mag, sie erzeugte historisch eine neue positive Qualität. Sie produziert per Verfahrensförmigkeit Legitimität. Ein Verwaltungsakt, ein Gerichtsurteil gilt in der Gesellschaft darüber als legitim, dass bestimmte Regeln in Anwendung gebracht, bestimmte Stufen der Bearbeitung durchlaufen, definierte und an diese Stufen geknüpfte Rechte wahrgenommen worden sind. Die strikte Anwendung von allgemeinen Regeln „entpersönlicht“, macht die Entscheidungsfindung vom Einzelnen unabhängig. Dies war ein grosser Fortschritt gegenüber den persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen des Feudalismus (daher die grosse Akzeptanz von „preußischer“ Bürokratie).

Regelsteuerung (mit seinen Quantifizierungen) ist nicht nur ein industriegesellschaftlich durchgängiger Steuerungstyp, sondern Regelsteuerung produziert gleichzeitig auch die industriegesellschaftliche Legitimität.

Das neue Paradigma der Zielsteuerung setzt aber gerade auf die Subjektivität, die Entscheidungsfähigkeit des Einzelnen, den auf die individuellen Eigenheiten zugeschnittenen Weg zum Ergebnis. Wer in einem Netzwerk das Sagen hat, hängt nicht von allgemeinen Regeln ab, sondern davon, wessen Input von den anderen am stärksten anerkannt wird. Andererseits hat aber im Bereich der Staatlichkeit das alte Paradigma durchaus Gültigkeit und auch Akzeptanz. Niemand fordert, dass die Aufnahme eines Konfliktes durch die Polizei durch den individuellen Beamten beeinflusst wird.

D. h., das neue Paradigma konfligiert mit der zweifellos bei uns noch vorhandenen Grundstruktur von Legitimität. Es hat selbst noch keine klare, formulierbare Alternative hervorgebracht. Institutionell bewegen sich neuen Formen (governance) immer noch unter dem Dach der alten.

Ein Beispiel für den Konflikt finden wir im Zuge der Hartz-Reformen. Die Profiler und Fallmanager sollen ganz modern im persönlichen Verhältnis, über das contracting das Optimaler für den „Kunden“ herausholen. Gleichzeitig hat aber jene „Kunde“ Rechtsansprüche und wird auch in die Pflicht genommen, sogar unter Strafandrohung von Sanktionen, ist also weiterhin „Verwaltungsobjekt“. Ungeklärt ist aber, wie die Widerspruchsmöglichkeiten aussehen können, wenn das persönliche Verhältnis versagt. Hier findet sich ganz praktisch das gleichzeitige Nebeneinander beider Paradigmen, die in Widerspruch führen müssen.

Die bekannten Schwierigkeiten bei der Verwaltungsreform sind also nicht nur Resultat gesellschaftlicher Trägheit und Widerständigkeit, sondern - so hier die These - haben als Ursache im Kern auch ein ungelöstes Problem. Der öffentliche Sektor ist aufgrund der beschriebenen Diskrepanz immer stärker unter Druck geraten. Die öffentlichen Unternehmen, die aufgrund ihrer Verfasstheit sich im Gegensatz zur privaten Konkurrenz der Regelsteuerung nicht entledigen können, haben dort, wo sie im Wettbewerb stehen, eine schwierige Ausgangsposition.

Die Frage, wie im neuen Paradigma Legitimität produziert wird, ist ungelöst und wichtige Aufgabe für die programmatische Diskussion. Dies ist um so wichtiger, als offensichtlich ist, dass der Umbau der Verwaltung erst ansatzweise, der Umbau unseres Rechtssystems praktisch noch gar nicht, der Umbau z.B. des institutionellen Gefüges auf internationaler Ebene ebenfalls nur ansatzweise in Angriff genommen sind.

## **Wissensprodukte**

Welcher Inhalt erzwingt die neue Form?

Im Übergang zur Wissensgesellschaft ändert sich nicht nur die Form der Arbeit, auch das Produkt weist neue Eigenschaften auf.

Ein zentrales Merkmal von Wissen ist, dass es nicht weniger wird, wenn es gebraucht wird. Dies gilt auch für Wissensprodukte. Ein Betriebssystem z.B. ist kein Verbrauchsgut, es ist ein Konzept. Ob es 1 Million mal verwendet wird oder 100 Millionen mal, spielt für die Herstellungskosten keine Rolle. Es wird eher mehr, z.B. als Weltstandard. Gleiches gilt für die Herstellung eines Medikamentes, die Rezeptur ist das Entscheidende, die Kosten der Produktion der Tablette sind verschwindend.

Damit unterscheidet sich die Ökonomie von Wissensgütern erheblich von der bekannten industriegesellschaftlichen Fertigung, in der die „Economy of Scales“, der Kampf um Kostenvorteile durch Steigerung der Massenfertigung eine zentrale Rolle spielte und dabei Wettbewerb und Marktstrukturen bestimmte.

Die Unternehmen, die mit ihren Wissensprodukten unsere heutigen, noch immer industriegesellschaftlichen Märkte betreten, werden daher vor die Schwierigkeit gestellt, die Tatsache der beliebigen Reproduzierbarkeit irgendwie zurückzunehmen, kontrollierbar zu machen. Microsoft will verhindern, dass ich sein Betriebssystem kopiere, es versucht also die Kontrolle über meinen Rechner gewinnen, es versucht mit rechtlichen Mitteln das Kopieren unmöglich zu machen, es fährt Monopolisierungsstrategien, die es selbst an den Rand des Zerschlagens-Werdens geführt haben. Im Prinzip muss es mir alle Eigentumsrechte an dem Produkt, was ich gekauft habe, auf die eine oder andere Weise außer Kraft setzen, um die Kontrolle über seine Produkte zu behalten.

Die herkömmliche Marktstruktur ist mit den Wissensprodukten im Kern nicht kompatibel. Um unter heutigen Bedingungen Gewinne zu generieren, werden diese Produkte als Simulationen von Verbrauchsgütern in den ökonomischen Kreislauf geschickt. Dieses Missverhältnis hat z.T. sehr gewalttätige Formen angenommen, denkt man z.B. an Monsanto und den Versuch, Gensaatgut in der Weise figurieren, dass die Bauern jedes Jahr aufs neue eine Schlüsselsubstanz kaufen müssen. Dies hat im engeren Sinne nichts mit der Gentechnik zu tun, sondern die Simulation des Verbrauchsgutes ist die Ursache der hochgewalttätigen Strategien.

Selbstverständlich an dieser Stelle auf die Patente verwiesen. Diese sollen an anderer Stelle breiter diskutiert werden, denn die Debatte um Patentrechte spielt eine politisch-strategische Schlüsselrolle. An dieser Stelle sei nur darauf verwiesen, dass Patente natürlich die beschriebenen Schwierigkeiten nicht lösen. Sie machen sie nur legal. Die Außerkraftsetzung meiner Eigentumsfunktionen, die mit dem Erwerb eines Produktes auf den Käufer übergehen, findet trotzdem statt, nur in legaler Form. Die Ausübung der Eigentumsfunktion wird umgekehrt illegal. Eine Rücküberführung des Wissensproduktes in ein Verbrauchsgut wird durch Patente nicht erzeugt. Auch wenn zunächst den Anschein haben mag, dass das Problem der unendlichen Anwendbarkeit wird keineswegs dadurch gelöst, dass Dritte von unbefugter Vervielfältigung abgehalten werden.

*In der industriegesellschaftlich verfassten Ökonomie, die in ihren Preisbildungs- und Marktprozessen auf Verbrauchsgüter ausgerichtet sind, werden die Wissensgüter als Verbrauchsgüter simuliert.*

Die aufgezeigten Probleme gelten keineswegs nur für „reine“ Wissensprodukte. Der Anteil des Wissens an der Wertschöpfung beträgt heute bereits rd. 70%. Alle Produktionen verwandeln sich latent in Wissensprodukte. Auch beim Hühnerei spielt nicht das materielle, das Eigelb oder Eiweiß die Rolle, sondern das Konzept, wie man zu einem gesunden Hühnerei kommt. Dies bedeutet, dass die Schwierigkeiten, sich mit diesen Produkten in den alten Marktstrukturen zu bewegen, sich stark verallgemeinern. Dies ist ein Teil der tiefgreifenden Krise, in der wir uns ökonomisch befinden.

Natürlich gibt es Gegenbewegungen. Ein Medikament, welches nur einmal hergestellt wird, weil es persönlich auf den Nutzer abgestimmt ist, hat es leichter, sich in den alten Preisbildungsprozessen zu bewegen. Der allgemeine Trend zu individuell angepassten Lösungen ist eine Möglichkeiten, sich in den gewohnten Preisbildungsmechanismen länger erfolgreich zu bewegen.

Dies ändert aber nichts daran, dass die vorhandene Marktstruktur dysfunktional wird. Der gewohnte Preisbildungsmechanismus, Produktionskosten plus Gewinnaufschlag, greift nicht. Ein Industrieunternehmen konnte früher durch einen Produktivitätsvorsprung Stückkosten senken und bei Beibehaltung des Preises temporär Extraprofite generieren, bis die Konkurrenz den Vorsprung ausgeglichen hatte und die Preise auf einen neuen Durchschnitt fielen. Ein heutiger Pharmakonzern, der etwa ein Aids-Medikament entwickelt und vertreibt, kennt keine Stückkosten, sondern hat als Bezugsgrößen nur die Entwicklungskosten (einschließlich des weltweiten Patenschutzes) und die Zahl der infrage kommenden Aids-Kranken. Zentrale Größe ist also der Marktumfang. Dies bedeutet, er bewegt sich bei der Preisbildung in einem völlig offenen Raum, sowohl nach oben wie nach unten.

## **Trennung von Unternehmung und Vermögensbesitz**

Die Tatsache, dass, wie angesprochen, die schiere Größe der Unternehmen wichtig geworden ist, verstellt etwas den Blick - insbesondere der Linken - auf ein wichtiges Phänomen, die tiefgreifende Trennung von Unternehmung und Vermögensbesitz. Gerade weil die Global Player, die transnationalen Unternehmen märchenhafte Gewinne einfahren, erscheint es naheliegend, eine Kontinuität vom industriegesellschaftlichen zum wissensgesellschaftlichen Unternehmen zu sehen. Aber streng gefasst ist klar und jeder, der sich mit Problemen des Mittelstandes beschäftigt, weiß es auch: Akkumulation findet heute in den Vermögensmärkten statt. Die Akkumulationsweise der Industriegesellschaft, in der das Großunternehmen der zentrale Ort der Akkumulation war (und die Vermögensbesitzer „nachträglich“ per Dividende partizipierten) ist in die Struktur des Shareholder-value übergegangen. Die funktionelle Einheit des Marx'schen Kapitalisten, von Unternehmung und Vermögensbesitz ist systematisch auseinander gelegt und zwar in ein Unterordnungsverhältnis. Der Vermögensbesitz kauft und verkauft sekundlich die gesamte produktive Struktur des Erdballs, er kommandiert damit das produktive Ensemble. Die „Hierarchie der Märkte“ (mit dem Vermögensmarkt an der Spitze) hatte zwar auch schon Keynes für die Industriegesellschaft postuliert, aber die (in seiner „Fundamentalgleichung“) analysierte Ausgleichsbeziehung zwischen Güter- und Vermögensmarkt benötigt natürlich die Akkumulation zentral im Unternehmen, d.h. die Unternehmensgewinne als Gegengewicht zu den Zinseinkommen.

Dass das Unternehmen nicht länger Fokus der Akkumulation ist, bedeutet, dass das grundlegende Gläubiger - Schuldner - Verhältnis zwischen vorschießendem Kapital und produzierender Unternehmung nicht den Charakter von Anschlag hat, sondern die „Armut“ des produzierenden Unternehmens bildet eine Grundstruktur (es ist die logische Kehrseite der Aussage, dass Akkumulation sich in den Vermögensmärkten vollzieht). Ein Herausarbeiten aus dieser strukturellen Verschuldungssituation ist prinzipiell nicht möglich, nur der Wechsel der Positionen. Z.B. ein mittelständischer Unternehmer, der nach anfänglicher Verschuldung erfolgreich wirtschaftet, Gewinne generiert und Kredite zurückzahlen kann, tritt im nächsten Zyklus natürlich als Vermögensbesitzer auf und vergleicht rationalerweise eine zusätzliche Investition in die eigene Unternehmung mit allen anderen Investitionsmöglichkeiten. Die scharfe Rechtfertigungssituation des Gläubigers hat sich für das Unternehmen nicht geändert. Der erfolgreiche Mittelständler dagegen nimmt jetzt beide Positionen ein. Unternehmerische (Verschuldungs-)Entscheidung und Anlage-Entscheidung sind trotz personaler Einheit des Akteurs streng geschieden. Durch noch so erfolgreiches Wirtschaften kann diese grundlegende Beziehung genauso wenig überwunden werden wie Sklaven durch tüchtiges Arbeiten sich aus der Sklaverei herausarbeiten können. Einem Einzelnen mag eine Freilassung, ein Stellenwechsel gelingen, die Struktur ist durch Anstrengung nicht zu

knacken. Dasselbe gilt übrigens für die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, solange der Staat sich „betriebswirtschaftlich“ verhält, weil die Verschuldung ja ebenfalls den investiven Kriterien gehorcht. Sich aus der Verschuldung herausparen zu wollen, gleicht dann Sklaven, die sich durch Hungern aus der Abhängigkeit vom Herrn befreien wollen. Das Ende ist absehbar grässlich. Aber - Spaß beiseite - tatsächlich muss Politik sich befreien von dem Kuddelmuddel im Investorenbegriff. Sie muss systematisch ansetzen an der Unternehmung, also an der Verschuldungsbereitschaft des Unternehmers, nicht an der Anlagebereitschaft des Vermögensbesitzers. Ständig die Situation des Vermögensbesitzers zu verbessern, weil diese in eins gesetzt wird mit „Investitionsbereitschaft“, d.h. real mit der Verschuldungsbereitschaft des Unternehmenden, ist eine kontraproduktive Strategie. Die Bereitschaft, Kapital anzulegen geht als Höhe der Kapitalbeschaffungskosten in das Kalkül des Unternehmers ein. Aber es ist völlig absurd, z. B. deutsche Vermögensbesitzer niedrig zu besteuern, in der Hoffnung, dass die Kapitalbeschaffungskosten für deutsche Unternehmen kleiner werden. Die Kapitalbeschaffungskosten werden dann global niedriger, während das deutsche Unternehmen aber den Verzicht, den der Staat durch seine Großzügigkeit beim Vermögensbesitz an den Tag gelegt hat, über andere Abgaben (z.B. Lohnsteuern seiner Arbeitnehmer) wieder auffangen muß. Die Politik, die mit einem unreflektierten Investorenbegriff operiert und ständig das Davonlaufen des Kapitals (oder das Anlocken desselben) zur Maxime seiner Politik macht, erreicht also das genaue Gegenteil des Intendierten.

Ein ganzes Bündel von empirischen Phänomenen sind mit der These vom Akkumulationsregime des Vermögensmarktes im Zusammenhang zu sehen: Die oft zu beobachtende Verschmelzung von Unternehmensinteressen mit Arbeitnehmerinteressen. Das produktive Ensemble findet sich auf derselben Seite wieder und ist den Vermögensbesitz-Interessen entgegengesetzt. Außerdem ist in diesem Zusammenhang auch das bereits angesprochene Phänomen verständlich, dass Einkommen sich tendenziell immer weniger als Arbeitseinkommen und immer stärker als Kapitaleinkommen darstellt.

Diese einfache Erkenntnis muss programmatisch weitreichende Folgen haben, erfordert eine andere Steuer- und Fiskalpolitik, andere Wirtschaftspolitik, auch eine andere Haushaltspolitik.

## **Eine radikale Angebotsökonomie?**

Wir haben gesehen, dass mit der Entfaltung eines neuen Basistyps von Arbeit die stark physisch basierte Arbeit alten Typs immer stärker zum Subventionstatbestand wird. Zunächst beobachten wir ein Absinken im Preis (also im Lohn); der Markt vergleicht diese Arbeit mit der psychischen Arbeit mit ihren Effizienzen von intrinsischer Motivation, Selbststeuerung, Selbstökonomisierung, Selbstvermarktung und wertet die tayloristisch organisierte Arbeit stark ab. Menschen müssen nun 50 Stunden in der Woche arbeiten, um ihr altes Einkommensniveau zu halten bzw. das Einkommen sinkt ab.

Der Prozeß der Ausdifferenzierung ist damit aber nicht zuende: es wird klar, dass Arbeit (alten Typs) immer stärker subventioniert und angeboten werden muss, um überhaupt ökonomisch die Bühne betreten zu können. Gleichzeitig ist aber zu sehen, dass die neue Art zu arbeiten in den Formen bereits enthalten ist, die heute freiwillig und weitgehend unbezahlt getan werden: der ganze Bereich des Ehrenamtes, das politische, soziale und gesellschaftliche Engagement vom Internetseitenersteller über den Jugendtrainer bis zur Hausgemeinschaft. Bleiben wir mal beim Beispiel Internetseitenerstellung: Neben dem professionellen Bereich sind hier Legionen von Freiwilligen am Werk, die ihr Wissen ins Netz stellen.

Man kann die These aufstellen, dass in der Perspektive dieses Handelns eine radikale Angebotsökonomie steht. Sicherlich nicht im Sinne der bisherigen Verwendung des Begriffes Angebotsökonomie, die die Senkung des Preises der Angebotsfaktoren Kapital und Arbeit meint (um die Nachfrage danach zu erhöhen). Sondern streng wissenschaftlich gedacht: weil Wissen an sich nicht nachfragbar ist. Wer Wissen bewerten will, muß es bereits kennen, also es auch bereits haben. Nachfrage im Sinne einer Möglichkeit der Bepreisung gelingt nur bei kodifiziertem Wissen, wenn es bereits kanonisiert ist, die Wissensbestände also im Prinzip bekannt und dann an x-tausend Leute mit Hilfe einer Ausbildung weitergegeben wird. Eine solche Struktur des Wissen ist ökonomisch zu verorten, preislich zu quantifizieren und damit auch nachzufragen. Andere Strukturen von Wissen sind darauf angewiesen, sich selbst zu präsentieren, um wahrgenommen werden zu können von denen, die dieses Wissen vielleicht auch gebrauchen könnten. Wer Informationen oder zu Wissen verarbeitete Informationen besitzt, trägt allein selbst die Verantwortung, diese der Gesellschaft zugänglich zu machen. Was hier für Wissen im engeren Sinne beschrieben wird, gilt für einen breiter angelegten Begriff von subjektiver Arbeit ebenfalls.

Mit dem beschriebenen Prozess stärkerer Vergesellschaftung, dem Wechsel zu einer Arbeitsweise, wo das Produkt nicht isoliert konsumiert wird, sondern mit dem Konsum gleichzeitig gewissermaßen als Konzept erhalten bleibt, wo Arbeit also einen Input in einen gemeinsamen Fundus liefert (Allmende) überträgt die Gesellschaft dem einzelnen Akteur die Aufgabe, seine Fähigkeiten in den gemeinsamen Pool einzuspeisen.

Im Augenblick organisiert sich dies durch (ökonomischen) Zwang. Die Gesellschaft fragt nicht die Fähigkeiten der Einzelnen nach (auf dem Arbeitsmarkt offensichtlich!), sondern zwingt die Einzelnen, ihre Fähigkeiten anzubieten und irgendwie einzuspeisen, bei Strafe der materiellen Herabstufung und bei Strafe des Ausschlusses aus den gesellschaftlichen Netzwerken.

Dabei ist der Zwang der materiellen Verelendung offensichtlich kontraproduktiv. Es lässt sich sofort die Vorstellung entwickeln, dass die Zugehörigkeit, die Teilhabe an den gesellschaftlichen Netzwerken, die Anerkennung etc., kurzum die volle gesellschaftliche Integration ein vollkommen ausreichendes Anreizsystem bzw. „Druckmittel“ bildet, um die Einzelnen zu bewegen, in die gemeinsamen Pool von Fähigkeiten das ihre einzuspeisen.

## **Überlegungen zu einer wissenschaftsgesellschaftlichen Steuer- und Fiskalpolitik**

Wie gesehen, ist Wissen nicht knapp, kann nicht knapp werden. Verbrauchsgüter sind dagegen per se knapp. Wissensproduktion (und damit: wissenschaftsgesellschaftliche Produktion) ist in ganz anderer, neuer, intensiverer Weise gesellschaftlich, denn Wissen existiert von vornherein nur gesellschaftlich, Wissensproduktion geschieht nur in Strömen, nie isoliert. Dies führt zu Problemen einer radikal veränderten gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die Inputs in den gesellschaftlichen Produktionsprozess sind schwer zuzurechnen, die Inputs und Outputs entkoppeln sich wesentlich stärker als bisher. Das industriegesellschaftliche Steuersystem baut auf einem Begriff von „Leistungsfähigkeit“ auf, der voraussetzt, dass derjenige, der Werte schafft, diese auch selbst aneignet und von daher ein geeignetes Steuersubjekt ist.

Die grüne Debatte geht allerdings (richtiger- und erfreulicherweise) davon aus, dass diese materielle Seite („Eigentum“ = Recht zum Verbrauch) in den Hintergrund tritt gegenüber „Zugang“ (= Teilhabe an einem gesellschaftlichen Reichtum), Zugang zum gesellschaftlichen Wissen, was nicht verbraucht wird.

Steuerlich richtig ist es in dieser Perspektive, nicht die Wertschöpfung zu besteuern, den Input in den gesellschaftlichen Produktionsprozeß, sondern die Entnahme, den Output.

Wenn also Arbeit (in traditioneller Struktur) immer stärker zum Subventionstatbestand wird und Einkommen sich immer stärker als Vermögenseinkommen darstellt, dann bedeutet dies steuerstrategisch:

- Nicht Inputs besteuern, nicht Arbeit, nicht die unternehmerische Tätigkeit.
- Sondern Outputs besteuern, Entnahmen aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozess, sei es in der Form von Vermögenseinkommen bzw. Kapitalerträgen, sei es als Verbrauch von Gütern (Mehrwertsteuer), sei es als Verbrauch von Ressourcen (Ökosteuern, Grundsteuern).
- 

Auch eine Beteiligung am Zertifikatehandel sollte Steuerobjekt werden.

Es soll gar nicht bestritten werden, dass möglicherweise Wertschöpfung und Wertaneignung auch zusammenfallen können, dass es durchaus auch massenhaft Wirtschaftakteure geben mag, für die der alte Begriff der Leistungsfähigkeit im tradierten Sinne noch greift. Aber deswegen ist es trotzdem richtig, auch dort, wo ein Akteur den von ihm geschaffenen Wert selbst aneignet, auf der Basis der Aneignung zu besteuern, nicht auf der Basis der Wertschöpfung plus Unterstellung, er würde sicherlich der geschaffenen Werte auch selbst habhaft.

Diskursstrategisch bedeutet dies, die Diskurse zu indirekten Steuern, zu Lohnnebenkosten, zur Unternehmensbesteuerung etc. aus ihren noch industriegesellschaftlichen Motivationen weiterzuentwickeln auf eine wissensgesellschaftliche Gesamtausrichtung.

Wenn man sich von der Fixierung auf einen Begriff der steuerlichen Leistungsfähigkeit gelöst hat, der die Einheit von isolierbarer Wertschöpfung und isolierbarer Wertaneignung voraussetzt (man kann den Begriff der Leistungsfähigkeit natürlich praktisch auch erst mal weiterbenutzen, man muss ihn nur ausschließlich auf der Entnahmeseite ansiedeln), kann man sich auch der Frage der Globalisierungsfestigkeit von Steuern nähern, und zwar ohne die verlorene nationalökonomische Regulierungsfähigkeit nunmehr auf internationale bzw. globale Ebenen zu projizieren, eine Weltregierung zu fordern oder „we shall overcome - one day!“ zu singen.

Sondern selbstverständlich muss der jetzige radikale Vergesellschaftungsschub die Basis sein, auf der eine neue Besteuerungsfähigkeit aufsattelt.

Kern des heutigen Dilemmas ist das Auseinanderfallen der Ansprüche, die die Vermögenden (oder die Ertragreichen) gegen die Gesellschaft haben und der Ansprüche, die die Gesellschaft umgekehrt gegen die Vermögenden hat.

Die Gesellschaft garantiert Vermögenswerte, also Ansprüche in welcher Form auch immer, ohne jeden Zusammenhang der Besteuerung. Seien es Immobilienbesitz (durch Grundbucheintragung), seien es Ansprüche gegen Dritte durch das Rechtssystem, seien es Ansprüche gegen die Gesellschaft - nicht der gesellschaftliche Charakter ist die Grundlage der Besteuerung. Perfekt ist dieser Zusammenhang im Geld(schein). Der Staat garantiert den innergesellschaftlichen Anspruch jedweden Geldbesitzers völlig ohne Ansehung und Kenntnis des Erwerbes dieser Ansprüche. Stattdessen versucht der Staat immer dort zuzugreifen, wo Erträge entstehen, wo Zuwachs geschieht. Der Staat muss daher den gesamten ökonomischen Prozeß mitschneiden, um der (positiven) Differenz habhaft zu werden, um dem Wirtschaftsakteur nachzuweisen, dass er einen positiven Saldo hat, etc.

Dort, wo ein nationaler Staat seine nationalen Wirtschaftsakteure zusammenfasst, er korporatistisch für Vermittlung, Infrastruktur und gute Rahmenbedingungen sorgt, die Wirtschaftsakteure selbst ein Interesse an der Finanzierung dieses Rahmens entwickeln, dort hat der Staat auch ausreichenden Zugriff auf die ökonomischen Prozesse.

Anders wird es jedoch, wenn es nicht nur darum geht, Erträge ins Ausland zu verlagern (dann brauchen wir eben eine Weltregierung), sondern zusätzlich auch darum, das die Zurechenbarkeit überhaupt schwierig wird (was den Verlagerern zusätzlich nützt). Steuerpolitik kann nicht hinterher forschen. Da wo sogar objektiv der Zusammenhang entwindet (und nicht nur verschleiert wird), besteht sogar die Gefahr der Willkür bei der Zurechnung. Zukunftsfähige Steuerpolitik muß deshalb dort ansetzen, wo der Steuerpflichtige selbst auf die Gesellschaft zukommen muß, weil er selbst ein Anliegen hat (übrigens ein altes, quasi vor-industriegesellschaftliches Grundprinzip).

Dies setzt in einer Wissensgesellschaft bei der Partizipation an, daran, dass Vermögen immer Ansprüche gegen die Gesellschaft sind.

Dabei wird Kapitalflucht genauso irrelevant wie Ertragsflucht. Wer hier sein Vermögen einsetzen will, um Zuwächse zu erzielen, wird hier besteuert - nicht bei der Investition, sondern bei der Entnahme. Wer in der Spielbank spielt, zahlt sein Eintrittsgeld nach Maßgabe dessen, wie viel er mit nach Hause nimmt, nicht mit wie viel er gekommen ist und nicht ob er positiven Saldo gemacht hat. Wer sein Vermögen lieber auf den Cayman-Inseln hält, kann dies tun, dann sollen die Cayman-Inseln dafür sorgen, dass er seine Ansprüche realisieren kann. Wenn er aber mit seinem Vermögen an den Resultaten unseres wissenschaftlichen Produktionsprozess partizipieren will, dann zahlt er hier.

Deshalb ist die Enttabuisierung der Besteuerung von Bestandsgrößen ein politisch wichtiges Projekt. Übrigens kann man auch diejenigen, die daran festhalten, dass nur „Gewinne“ im alten Sinne richtiger Ansatzpunkt der Besteuerung sind, etwas beruhigen. Sicherlich kann man darüber diskutieren, ob Vermögen Resultat von Einkommen ist oder seine Voraussetzung. Selbstverständlich ist beides richtig (Begriff des Kapitals). Bestandssteuern lassen sich theoretisch immer in Ertragssteuern überführen. Die Differenz liegt wesentlich in der Pauschalierung, die damit vorgenommen wird. Damit wird aber der Zugriff um Größenordnungen vereinfacht, teilweise überhaupt erst möglich. Dies macht übrigens den „pragmatischen“ Charme der niederländischen Sollertragssteuer aus. Ob eine Abgeltungssteuer auf Bestandsbasis das richtige ist, soll hier dahingestellt bleiben, aber wichtig ist, dass es einem Partizipations-Steuerprinzip folgt.